

wurde, dass das Statut keine Handhabe bietet, welches die Revisoren und Vorsitzenden für die Entstehung solcher Unredlichkeiten verantwortlich machen könnte, wird dem Hauptkassierer Decharge erteilt.

Die Beratung über den Punkt 3 der Tagesordnung: »Anträge auf Umgestaltung des D. S.-B. zu einer neutralen Organisation und Uebernahme des Vereins der Lithographen und Steindruckere Deutschlands« begann Montag Nachmittag. Zunächst wurde eine Resolution der Mitgliedschaft Hedlernheim, welche an die Generalversammlung gesandt, verlesen, die eine Verschmelzung abzulehnen fordert. Müller-Bremen begründet in längeren Ausführungen die von der Bremer Mitgliedschaft aufgestellte Resolution, welche die radikalsten Forderungen in Bezug auf die Zusammenlegung beider Verbände enthält. Sie legt besonders Wert auf eine einheitliche Einrichtung der zu schaffenden Organisation und schließt die getrennte Kassenerführung aus. Ein Dreikassensystem, wie es die übrigen Anträge Stettin, Hannover und andere wollen, mit vier Arten von Mitgliedern, lasse eine praktische Geschäftsführung nicht aufkommen und erschwere ein Zusammenarbeiten. Man müsse sich den Buchdruckerverband ganz zum Muster nehmen und in der neuen Vereinigung nur Vollmitglieder dulden. Sonderrechte könnten nur ausnahmsweise noch gewährt werden. Man dürfe fernerhin nicht zulassen, dass ein Teil der Kollegen sich den Pflichten, welche die Gewerkschaft für Erringung wirtschaftlicher Vorteile von ihren Mitgliedern verlange, entziehen könne. Rücksichten auf einzelne bessergestellte Leute könnten künftig nicht mehr geübt werden. Dem modernen Geist könne man sich nicht mehr länger enthalten. Der Verschmelzungsgedanke sei diesmal nicht von aussen in den Bund hineingetragen, sondern von innen heraus entstanden. Die Verschmelzung müsse daher einheitlich und gründlich erfolgen, der Allgemeinheit zum Vorteil. Hass-Berlin führt aus, früher ein Verschmelzungsgegner gewesen zu sein, weil alle bisherigen Vorschläge keine Garantie boten, eine Einheitlichkeit der Organisation zu fördern, deshalb könne er auch nur für die Bremer Resolution stimmen, wo die Gewerkschaft die Führung übernehme. Einen Wirrwarr, wie ihn die getrennte Kassenerführung hervorbringe, dürfe man nicht unterstützen. Er sei gegen alle Ausnahmebestimmungen, gerade die bessergestellten Mitglieder würden sich um die vollen Beiträge drücken, aber die Rechte ausnutzen. Auch bei einer zusammengelegten Kassenerführung wären alle Anforderungen an die Unterstützungsleistungen ebenso leicht festzustellen. Und wie wolle man die Versammlungsverhältnisse, die Abstimmungen bei verschiedenenartigen Mitgliedern regeln? Er trete daher nur für eine geschlossene, einheitliche Vereinigung ein, die allein nur den Frieden bringen würde. Götz-Altwasser und Hessel-Leipzig sprachen auch für den Bremer Antrag. Albrecht-Stettin vertrat den Antrag seiner Mitgliedschaft. Es würde eine grosse Erleichterung hervorrufen, wollte man die Bremer Forderung mit einem Male durchführen wollen. Pfeiffer-Fürth, als Mitverleinerer der Gebietsabgrenzung, hält es für verfehlt, jetzt schon mit vollen Segeln in diesen Radikalismus hinein zu steuern, ein Sturm der Entrüstung würde nicht ausbleiben und unsere guten Bestrebungen nur schädigen. Nicolai-Hannover trat, in Rücksicht, dass ein Uebergangsstadium geschaffen werden müsse, für den Antrag Hannover ein. Peck-Schwabach sprach sich in ähnlichem Sinne aus. Wolf-Kaufbeuren erinnerte daran, dass der Friedensschluss in Saalfeld nur ein frommer Wunsch geblieben sei. Er betonte, jeder Zwang und jede Härte sei bei einer Verschmelzung zu vermeiden, und glaubte nicht, dass bei einem Dreikassensystem Wirrwarr entstehen könnte. Möhring sagte, er hätte nicht Lust, gegen den Strom zu schwimmen, man brauchte aber auch nicht mit zu schwimmen. Er sei kein prinzipieller Gegner der Verschmelzung. Einen Radikalismus, wie er in der Bremer Resolution liege, könne er aus Gründen der Gerechtigkeit nicht mitmachen. Bei einer Expropriation würden die Betroffenen entschädigt, hier sollten aber tausende von Mitgliedern ohne eine Entschädigung enteignet werden. Er könnte allenfalls für den Stettiner Antrag sein, da derselbe keinen Zwang enthalte und die Bundesmitglieder nicht sehr benachteilige. Das Dreikassensystem stände nicht im Gegensatz zur Einheitlichkeit und erhalte den jetzigen Mitgliedern ihre Rechte. Einen Standpunkt, Mitglieder, die nicht voll mitmachen, auf den Ausserbetat zu stellen oder dieselben auszuschliessen, nehme er nicht ein. Er sei für eine Urabstimmung, die nicht übergangen oder unterdrückt werden könnte und werde gegen jede Verschmelzung stimmen. Meier-Durst gab als Vertreter mehrerer Mitgliedschaften die verschiedenen Stimmungen über die Frage bekannt. Man müsste den Mittelweg einschlagen und das zu erreichen suchen, was bei einem Uebergang in eine andere Organisationsform möglich ist. Schotes ersuchte, den Stettiner Antrag als Grundlage zu nehmen, das bisher Geschaffene aufrecht zu erhalten und keine Schmälerung der Rechte der Mitglieder durch einen Gewaltakt herbeizuführen. Rudolf-Hamburg führte aus, es sei nirgends in der Kulturgeschichte ein Fortschritt nachzuweisen, ohne dass gleichzeitig einzelnen wehe gethan wurde. Alle Härten seien nicht zu umgehen, weil keiner Rücksichten auf die noch rückständigen Kollegen nimmt, sondern das Gesamtinteresse, die Grundlage

einer Solidarität zu vertreten habe. Die Bremer Resolution werde viel zu gefährlich aufgefasst. Die Diskussion solle nur das Prinzip zum Ausdruck bringen, die Ausführung ergäbe sich dann später. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wüchsen über die Köpfe mancher Menschen hinweg und erzeugten andere Meinungen und eine andere Taktik. Schulz-Berlin erklärte, es hätte sich innerhalb der letzten 4 Jahre nichts ereignet, was Anlass zu einer Verschmelzung geben konnte, und er sähe noch keinen Grund, warum beide Vereinigungen nicht auch nebeneinander fortbestehen sollten. Er sei Gegner der Anträge von Stettin und Hannover, weil der Appetit beim Essen komme, die Agitation doch weiter betrieben und keine Ruhe eintreten werde. Das »Muss« sollte nicht angewandt werden, die Arbeiter dürften sich gegenseitig keine Zwangsmassregeln auferlegen. Die anwesenden Delegierten haben nicht alle Mitglieder hinter sich, es seien zumeist nur Zufallsmajoritäten. Görlitz meint, die Gegnerschaft der Verschmelzung sei heute nicht so stark wie in Köln, man müsse aber alle Mitgliederkategorien berücksichtigen und nicht sogleich zu schroff vorgehen, sondern allmählich zu erreichen suchen, was wir wünschen. Er ist nicht für Urabstimmung. Die Gegner kämen ja auch in keine Versammlung, um ihre Rechte zu wahren. Franz schloss sich den Ausführungen an. Das Dreikassensystem stört die Einheitlichkeit nicht, der Grundgedanke der Verschmelzung werde gewahrt. Man müsse die Rechte aller Mitglieder schützen und niemand an die Wand drücken wollen.

Sillier erklärte, dass die Generalversammlung des Vereins der Lithographen und Steindruckere in Dresden sich nur im Prinzip für eine Verschmelzung auf Grund der Bremer Resolution entschieden hätte und seien Abweichungen nicht ausgeschlossen. Er wies auf die Einigung der österreichischen Berufsvereine hin, wo eine viel grössere Zersplitterung als in Deutschland vorhanden war. Die durch die geschlossene Organisation bedeutende Vorteile in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn dort errungen hätten. Er trat für die Wahl einer Kommission ein, welche aus den verschiedenen Anträgen die praktischen Vorschläge herausnehmen könnte, wodurch die Forderung der wirtschaftlichen und materiellen Interessen besondere Berücksichtigung finden müsste. Dürr berührte es eigentümlich, dass die Bremer Resolution zu radikal sein soll, auf demselben Weg, den die Gewerkschaft eingeschlagen, hätte der Bund durch die Unsicherheit in seinen Unterstützungsleistungen wieder selbst kommen müssen, dieselbe habe den Verschmelzungsgedanken wieder gefördert. Steves sprach für die Einigung auf ein Dreikassensystem mit successiver Erreichung der Bremer Resolution. Wagner vertrat den Standpunkt des Bremer Antrages, wüchste aber Ausnahmebestimmungen gelten zu lassen. Wernicke vertrat dieselbe Meinung, verwarf den Schneekengang der übrigen Anträge und glaubte die Zwangsmassregeln gegen Einzelne nicht als Diebstahl betrachten zu dürfen. Jakobsen vertrat auch den einheitlichen Standpunkt. Das Dreikassensystem sei zu umständlich. Er sei überrascht gewesen über die Menge von Verschmelzungsanträgen, die trotz der vermeintlichen Ruhe, die die Gebietsabgrenzung schaffen sollte, gestellt worden seien, es wäre also unverständlich, dieser Frage noch entgegenzutreten zu wollen und man müsse auch zu einer Verständigung die Hand bieten. Obier erklärte: die Entstehung des Leipziger Antrages, welcher die Urabstimmung über Verschmelzung enthält, nach den Veröffentlichungen aus anderen Mitgliedschaften, hat man sich auf die Bremer Resolution festgelegt und seien die Delegierten mit gebundenem Mandat hierhergesandt. Die Verschmelzung müsste durchgeführt werden zur Gesundung unserer Berufsverhältnisse, man brauchte sich nicht genau an den Wortlaut der Resolution zu halten. Wenn der Wille vorhanden, sei es eine Kleinigkeit, die Frage endlich zur Lösung zu bringen. Dammer, Rheydt war gemäss seines Antrages gegen Verschmelzung. Fisch bedauerte, dass Möhring und Schulz, welche unsere Organisationen in die Wege geleitet hätten, heute gegen eine Vereinigung der Verbände auftraten. Dieselbe vertreten doch nur eine gerechte Forderung, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse entstanden und dem Prinzip der Gerechtigkeit dadurch entspreche, dass die Verbesserung der Berufsverhältnisse eine vorübergehende Wirkung auf die Belastung unserer sanitären Unterstützungskassen ausüben. Rudolph-Nürnberg sprach sich dahin aus, sich jetzt noch zu keinem bestimmten Beschluss über die Ausführung festzulegen, sondern denselben der Kommission zu überlassen, welcher die Erörterungen der Generalversammlung als Unterlagen zu dienen hätten.

Vor Absendung des Berichtes sprachen noch 12 Redner zur Verschmelzung. Den Ausführungen derselben soll in nächster Nummer noch Erwähnung gethan werden. Das Resultat der ziemlich eintägigen Debatte wurde in folgendem Antrage zusammengefasst: »Die Generalversammlung beschliesst die Verschmelzung des D. S.-B. und des Vereins der Lith. und Steindr., sie beauftragt eine Kommission von 5 Mitgliedern und beide Vorstände, aus vorliegenden Anträgen der Mitgliedschaften Hannover, Frankfurt a. M. und Stettin, unter Berücksichtigung der Bremer Resolution ein Statut auszuarbeiten und dasselbe einer kombinierten Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen.«

Dieser Antrag, von 33 Delegierten unterschrieben,

wurde nach namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 3 Stimmen angenommen.

Somit wäre also der »Senefelder-Bund« nach dreissigjährigem Ringen an seinem Ausgangspunkt wieder angelangt. Die Verheissung ist erfüllt.
Chr.

Die Chemigraphen in Dänemark.

Zwischen den »Chemigraphen« organisiert unter »Dansk litografisk Forbund« und dem »Verein für Chemigraphie-Anstalten-Besitzer« ist ein Tarif abgeschlossen worden, dessen Hauptpunkte folgende sind:

§ 1. Der Minimallohn beträgt 24 Kronen pro Woche (erstes Jahr nach Beendigung der Lehrzeit 20 Kr.) 1 Kr. = 1 Mk. 12 Pf.

§ 2. Die Arbeitszeit beträgt 8 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich.

§ 3. Ueberstunden werden die ersten vier Stunden nach Feierabend bezahlt mit 50% extra, jede weitere Stunde sowie Lohn- und Feiertagsarbeit wird mit 100% extra Zuschlag bezahlt.

§ 4. Gesetzliche Feiertage werden mit dem vollen Lohne bezahlt.

Lehrlingswesen:

Lehrlinge dürfen nur nach folgendem aufgenommen werden:

Für 1 und 2 Gehilfen 1 Lehrling	
„ 3 „ 4 „ 2 Lehrlinge	
„ 5 „ 6 „ 3 „	
„ 7 „ mehr „ 4 „	
und nie mehrere.	

Bei Annahme der Lehrlinge wird das Fach in folgende zwei Gruppen geteilt:

1. Gruppe: Photographen und Kopierer.
2. Gruppe: Aetzer und Gravierer.

Jede Gruppe darf höchstens 4 Lehrlinge aufnehmen. Die Lehrzeit beträgt 5 Jahr.

Die Prinzipale müssen dafür Sorge tragen, dass die Arbeitsräume gereinigt werden und genügend ventiliert sind.

Alle Streitigkeiten sollen bei einem Schiedsgericht geregelt werden.

Der Tarif gilt bis 1. Juli 1907.

Peter Nielsen.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Generalversammlung sämtlicher Filialen am 9. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die von 282 Mitgliedern besuchte Versammlung wurde vom Kollegen Hass mit dem Bemerken eröffnet, dass Kollege Sahn verhindert ist, den unter Punkt 1 der Tagesordnung festgesetzten Vortrag »Erfahrung in der Tarifrfrage« zu halten und sollte deshalb gleich zur Vorstandswahl geschritten werden. Nach Verlesung des auf die Wahl bezüglichen Paragraphen unseres Statutes, erhob während der Vorschläge und Nennung zur Kandidatenliste, Kollege Kubig Protest dagegen, dass die Verwaltungsmittglieder in ihrer kombinierten Sitzung zu dem Entschluss gekommen sind, von der Berichterstattung der Delegierten in gemeinsamer Versammlung Abstand zu nehmen. An dieser Berichterstattung hätte festgehalten werden müssen, weil in Dresden die Berliner Kollegen angegriffen worden wären und wir alle Ursache hätten, wenigstens von jetzt ab ein gutes Einvernehmen der Vereinsmitglieder hier am Orte in die Wege zu leiten und wäre eine gründliche Aussprache nötig gewesen. Filiale II hätte eine diesbezügliche Resolution mit grosser Mehrheit angenommen. Diese Ausführungen führten zu ausgedehnter Geschäftsordnungsdebatte, bis endlich der Wahlakt seinen Fortgang nehmen konnte. Auch hierbei kam es zu lebhaftem Für und Wider schon wegen der Aufstellung, wie auch der Art derselben. Einem Vorschlag Trapp, der besagte, der gewählte Vorstand solle sich selbst konsultieren, trat Sillier entgegen, indem er dies als statutenwidrig bezeichnete, geeignet, Unbehagen bei der Kollegenschaft hervorzurufen. Während die Wahlkommission ihres Amtes waltete, kam der Protest Kubig erneut zur Diskussion. Mehr ersuchte, (trotzdem er erklärte, in kombinierter Verwaltungssitzung entschieden für die Berichterstattung in dieser Form, wie sie auch bisher ständig stattgefunden habe, eingetreten zu sein) doch um Ablehnung dieses Antrages für heute, weil es leider nun mal Beschluss sei und der Einwand von Hass, dass die Delegierten nicht vorbereitet wären, sei nicht von der Hand zu weisen. Aus schlug vor, über die Dresdener Generalversammlung zu diskutieren. Albrecht trat gegen Kubig auf. Domnick erklärte, dass die Berliner Generalversammlung mit der Tagesordnung »Bericht der Delegierten« Anlass zu ähnlichen Szenen, wie vor 3 und 2 Jahren gegeben hätte, da die Animosität gegen Berliner Lithographen nun mal bestehe. Um solches zu verhüten, um keine neuen Differenzen aufkommen zu lassen, welche den Lithographen die Lust an der Arbeit für den Verein vollends genommen hätte, denn ihnen läge durch die geschehene Vergewaltigung und Streitigkeiten beinahe nichts mehr an dem Verband, nur deshalb, nur des Friedens wegen sei von ihrer Seite in der Verwaltungssitzung dieser verleitende Antrag gestellt worden. Die Delegierten nahmen den Einwand von Hass auf und zog hiernach Kubig seinen Antrag, der die Sympathie der Versammlung hatte, zurück. In Konsequenz dessen, wurde auch der

Antrag Aust abgelehnt, dagegen desselben und Baumanns Antrag: »Die Schleiferfrage zu besprechen mit grosser Majorität angenommen. Die Besprechung wurde von Aust eingeleitet, der die 19-jährige Organisationsarbeit der Schleifer hervorhob und betonte, dass dieselben stets gerne und eifrig, im und für den Verein gearbeitet hätten. Seine längeren Ausführungen, die teilweise schon in seinem Referate »Die Schleiferfrage« (auf der Dresdener Tagung) zur Geltung kamen, gipfelten in der Behauptung, dass die Tariffrage der Lithographen und Steindruckere, bestimmend für viele Delegierten gewesen sei, sich von den Schleifern loszusagen, schmerzlich sei ihnen vor allem die Haltung und der Standpunkt einzelner Berliner Delegierter gewesen. (Lebhaftes Bravo.) Duszinsky hält es für einen taktischen Fehler, bei einem solchen Punkte namentliche Abstimmung beantragt zu haben. Quabbe schloss sich in starker Erregung diesen Ausführungen an. Kubig erklärt, seine Abstimmung sei ihm Gewissenssache gewesen, die Tarifvereinbarung der Chemigraphen zeitliche Schwierigkeiten den Monteuren gegenüber, welche von den Unternehmern als Hilfsarbeiter betrachtet werden, das ähnliche würde gegebenen Falles bei den Schleifern eintreffen. Der Vorwurf, dass aus Künstlerstolz und Standesbewusstsein geurteilt worden sei, könne bei organisierten Arbeitern nicht zutreffend sein. Mehr meint, die Schleifer seien in der Sache zu viel mit dem Gefühl beteiligt, es sei doch gleich, in welchem der beiden Verbände sie organisiert seien. Aus dem Verlauf der Debatte in Dresden, durch süddeutsche und den schlesischen Delegierten hätte sich bei ihm die Ueberzeugung gefestigt, dass die Schleifer dem Hilfsarbeiter Verband zugehören. Er verstehe auch nicht, wie man sagen könne, dadurch sei ihnen die Agitationsfreudigkeit genommen, man habe immer zu agitierten für die Organisation. Wenn keine namentliche Abstimmung stattgefunden, hätten sie sich der Stimme enthalten. Tischendörfer weist die Schuld der Berliner am Resultat ab. Die namentliche Abstimmung über die Resolution Lange war gut, damit fehle das Mittelding der Stimmeneinhaltung. Die Abstimmung sei keine Branchen- sondern eine Gewissensfrage gewesen. 37 Delegierte seien auf Grund der Auseinandersetzung zu der Ueberzeugung gelangt, dass die Schleifer dem Hilfsarbeiter-Verband zuzuweisen sind, andernfalls alles andere Steindruckerei-Hilfspersonal konsequenterweise uns wieder zu überweisen wäre, wie es schon Frau Thiede angeordnet hätte. Die Tariffrage sei doch für ihn bestimmend gewesen, deshalb gebe er den Rat, geht dorthin wo diese Frage nicht so brennend ist. Man möge den Beschluss, wenn er auch schmerzlich ist, doch achten und friedlich, scheidlich auseinander gehen, um bei allen Fällen wo es heisst: Gegen Missstände und in Oerwerkschaftsfragen vorzugehen, ein gemeinsames Kartell zu bilden, zur Wahrung unserer aller Interessen. Quabbe spricht nochmals enegisch dagegen. Fisch meint, man solle nicht so melancholisch sein, die Hilfsarbeiter würden uns noch was vormachen, er könne den Beschluss auch nur als einen Fehler bezeichnen, trotzdem schliesse er sich den letzten Worten Tischendörfers an. Rose greift bis zum Kongress von Hannover zurück, betont aber, dass doch Kastengeist vorhanden sei, er kann sich nur für richtig organisiert halten, wenn bei Berufsgenossen organisiert, wenn auf das Solidaritätsgefühl hingewiesen werde, dann hätte man die Schleifer erst recht in diesem Verbands belassen sollen und deshalb sei dieser Beschluss, wie schon Quabbe gesagt habe, als schmutzig zu bezeichnen. Aust meint, es hätte dann wenigstens nicht halbe Arbeit gemacht, sondern sie ganz überwiesen werden müssen. Tischendörfer nimmt nochmals das Wort und meint, es werde sich ein Weg finden, den Steinschleifern beim Uebertritt in die andere Organisation, durch ein gewisses Kapital ihre bei uns erworbenen Rechte, weiter zu garantieren, vorausgesetzt wenn sie den Uebertritt wünschen, andernfalls sei es ihnen ja unbenommen bei uns zu bleiben. Sillier schliesst sich dem an, seine persönliche Ueberzeugung ist, dass die Schleifer sich nun einheitlich zusammenschliessen sollen und müsste man ihnen gewisse Uebertrittsbedingungen erfüllen, ihnen ein Einkaufsrecht gewähren, aber am Organisationsgedanken müssten sie erst recht festhalten. Hass bringt zur Kenntnis, dass teilweise die Schleifer nicht weiter bezahlen, er warnt vor den Folgen, man solle bis zum Uebertritt weiter bezahlen, damit das Anrecht bei der Uebertrittsfrage nicht verloren geht. Schluss der Versammlung 12 Uhr.

Berlin, Filiale II. Monatsversammlung am 4. August. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten, 2. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung, 3. Verschiedenes. Die Versammlung wurde um 8 Uhr eröffnet. Zur Aufnahme hatten sich unter anderen Kollegen, die ohne weiteres aufgenommen wurden, auch zwei ehemalige Arbeitswillige gemeldet. Einer derselben wurde nach längerer Debatte, in der man sein damaliges Benehmen sehr scharf verurteilte, aufgenommen; betreffs des anderen muss erst mit Filiale I Rücksprache genommen werden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgeteilt, dass der 2. Vorsitzende, Kollege Bose sein Amt aus Geschäftsücksichten niederlegte und muss in der nächsten Versammlung eine Ersatzwahl stattfinden. Ferner wurde auf die kombinierte Vorstandswahl aufmerksam gemacht, in der die Hauptvorstandswahl stattfindet. Hierauf teilten sich die drei Delegierten in den Bericht über die

Generalversammlung. In der darauf folgenden Diskussion wurde zugegeben, dass die Generalversammlung erfreuliches geleistet hätte, jedoch habe sie auch ihre Schattenseiten gehabt, z. B. die Rücksichtnahme auf den Kollegen Tischendörfer, der doch auch nicht mehr wie andere Kollegen sei. Der Antrag auf Ausschluss des Kollegen Sillier, ebenso die Berichte der Filiales I und III vor der Generalversammlung, waren beschämend. Der internationale Kongress der alle zwei Jahre stattfindend, wurde als zu teuer bezeichnet. Von verschiedenen Kollegen wurde eine weitere Durchführung der Maifeier gewünscht. Auf verschiedene Anfragen antwortete Kollege S. Spon beim vorherigen internationalen Kongress wurde von den deutschen Delegierten beantragt, dass derselbe nur alle 3 Jahre stattfinden solle und würde man dies jetzt wiederholen. Die »Graph. Rundschau« sei trotz geringer Mittel eben so gut wie andere ähnliche Blätter, jedoch erhofft man, da jetzt Annoncen aufgenommen werden, eine weitere Hebung derselben, da die Einnahmen durch den Annoncenteil grösser werden. Das Verbot der Heimarbeit ist im Statut festgelegt und wird die Zeit lehren, ob es damit besser geworden. Kollege K. bedauerte, dass die Maifeier im Sande verlaufe, da die Gewerkschaftsführer nicht genug dafür eintreten. Ferner griff er den Beschluss der Berliner Verwaltungen, von einer Berichterstattung in einer kombinierten Versammlung abzuweichen, an. Die Berichte wurden in den Filialen möglicherweise einseitig gegeben, es sei eine kombinierte Versammlung dazu nötig, um den Berliner Kollegen zu sagen, dass sie in Dresden sehr schlecht abgeschnitten hätten. Zur Annahme empfahl er folgende Resolution:

»Die heutige Versammlung protestiert gegen den Beschluss der Berliner Verwaltungen, keinen Bericht der Generalversammlung in einer kombinierten Versammlung zu geben. Im Interesse einer objektiven Berichterstattung sei eine solche Versammlung nötig.«

Nach längerer heftiger Debatte wurde die Resolution angenommen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal und wurde er auf Antrag der Revisoren entlastet. Nachdem noch der Arbeitsvermittler seinen Halbjahrsbericht vortrug, schloss die von zirka 120 Kollegen besuchte Versammlung gegen 12 Uhr.

M. Sch.
Göppingen i. Württemberg. Sonntag, den 6. August im Restaurant Hohenstaufen unsere kombinierte Quartalsversammlung der Organisation und des Bundes. Der Vorsitzende Kollege Staudinger eröffnete dieselbe um 8 1/4 Uhr und gab nach Verlesen des Protokolls den Kassenbericht des Bundes, welcher als richtig befunden wurde. Hierauf waren zwei Wahlen zu erledigen und gingen daraus hervor als Vorsitzender des Bundes Kollege E. Syfrig, Chemigr. und als Kartelldelegierter Kollege O. Klink, Chemigr. Den Hauptpunkt des Abends bildete aber das Referat über die Generalversammlung, welches Kollege Dürr aus Stuttgart in dankenswerter Weise übernommen hatte. Der Redner schilderte uns in wohl-durchdachter grosszügiger Rede die erfolgreiche Arbeit der Delegierten in Dresden und wurde ihm für seine 2 1/2 stündigen Ausführungen reicher Beifall zu Teil. Hierauf übergab der Vorsitzende nochmals kurz die Hauptpunkte und betonte besonders, dass die friedliche Lösung der Münchener und Düsseldorf Differenzen contra Hauptvorstand, die Befürchtung eines Dresden II zu schanden machte und dadurch uns allen ein Stein vom Herzen sei. Verschiedene Kollegen diskutierten dann über Beitragserhöhung, Verschmelzung und Anstellung von Gauleitern etc. und wurden die Dresdner Resolutionen über diese Punkte für gut befunden. Im Schlusswort des Referenten tadelte derselbe in scharfen Worten ganz besonders den Egoismus der Kollegen und ermahnte sie, nicht so kleinlich zu sein und immer blos mit den materiellen Vorteilen des Verbandes zu rechnen, sondern sich mit dem Organisationsgedanken im allgemeinen vertrauter zu machen um dadurch den ethischen Grundzug desselben als Hauptwert erkennen zu lernen. Wie nötig diese Ermahnung war, beweist der Geschäftsbericht, wonach es uns im Laufe des Jahres gelungen ist, sämtliche hiesigen Lithographen und Steindruckere mit einziger Ausnahme eines sogenannten »Oberdruckers« zu organisieren, von diesen Kollegen aber leider schon wieder zwei mit Beitragsresten freiwillig ausgetreten und vier wegen Rückständen ausgeschlossen werden mussten. Und dies sind nota bene Kollegen, denen infolge ihrer miserablen Arbeitsverhältnisse die Organisation von grösstem Nutzen wäre, denn ein Lohn von 14—23 Mark bei 10—11 stündiger Arbeitszeit für teils verheiratete Kollegen kann nicht als glänzend bezeichnet werden. Da aber diese trotzdem mehr auf Vergnügungsvereine Wert legen, so ist es nicht unsere Schuld, wenn es mit diesen Auchkollegen immer mehr abwärts geht.

Bekanntmachung.

Schweden. Vor Stellungnahme nach hier sind in jedem Falle Erkundigungen einzuziehen bei Unterzeichneten.

Kurt Ohlson, Malmö Sjödgata 8, II V. Vertrauensmann der Inter. lithogr. in Schweden.

Ausgeschlossen aus dem Verband ist nach § 19, Abs. b des Statuts der Steindruckere Wilhelm Beger, geb. Köln, zur Zeit in Köln. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

A. K. Frankfurt a. M. Sie haben recht. Nach der letzten Bekanntmachung scheinen sowohl die Funktionäre wie auch die Mitglieder des Verbändchens nur Lokalblätter und nicht Arbeitblätter zu lesen, sonst hätten sie sowohl Einladung wie Bericht nicht übersehen können.

Anzeigen.

Unterstützungs-Verein der Lithographen und Steindruckere von Leipzig und Umgegend.

Sonntag, den 28. August, vormittags 11 Uhr Besichtigung d. Zoologischen Instituts, hierzu versammeln sich die Kollegen punkt 10 Uhr im Vereinslokal »Stadt Hannovers.« Um zahlreiche Beteiligung bittet [1,65] Der Vorstand.

Lithogr., Steindr. u. Berufsgen. Hannovers.

Hiermit gestattet sich unterzeichnete Vergnügungs-Kommission die Kollegen zu der am **Sonabend, den 29. Oktober**, im grossen Saale des Arbeitervereins stattfindenden

Senefelder-Feier

freundlichst einzuladen. Anlässlich dieses Festes soll, wie auch in früheren Jahren der

Entwurf einer Eintrittskarte ausgeschrieben werden. Wir bitten nunmehr die Lithographen sich hieran beteiligen zu wollen. Die Eintrittskarte soll zugleich als Postkarte Verwendung finden. Dieselbe soll einfarbig, im höchsten Falle zweifarbig gehalten sein. Entwürfe sind bis zum 20. September mit dem Motto: »Senefelder-Feier« und diesbezügliches Kennwort beim Unterzeichneten einzureichen.

Ferner ersuchen wir alle Kollegen, welche uns durch Vorträge irgend welcher Art unterstützen wollen, sich ebenfalls umgehend beim Unterzeichneten zu melden. Die Vergnügungskommission.

I. A.: W. Spangenberg, Engelbostlerdamm 138, IV. Etg. [4,35]

Sektion I, Leipzig.

Steindruckere, Notendr. u. Steinschleifer. Dienstag, den 23. August, abends 7 Uhr

grosse

öffentliche Versammlung

im Saale des »Pantheon«, Dresdenstr. Tages-Ordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliche Zahlreichen Besuch erwartet Die Verwaltung der Sektion I.

Lithogr., Steindr., Lichtdr. u. Chemigr. **Dresdens, Filiale 1—4.**

Sonabend, den 27. August, abends 9 Uhr im Volkshaus, Ritzenbergstr.

Mitglieder-Versammlung

aller Filialen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Unsere Heimarbeit, Referent: Kollege M. Obier, Leipzig. 2. Wahl der Presskommission. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensmänner.

Verspätet.

Am 24. Juli verschied nach kurzer Krankheit unser treues Mitglied

Johann Franta, Photogr.

im Alter von 48 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

V. d. Litho., Str. u. Berufsge., Filiale IV München.

Nachruf!

Am 11. August verschied plötzlich am Gehirnschlag unser Kollege, der Dreifarben-ätzer

Richard Casper

Ehre seinem Andenken!

Sektion III, Chemigr. Leipzig.